

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr am Dienstag, dem 18. August 2008, im Haus der Insel, Konferenzraum

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 20.15 Uhr

Anwesende Ausschuss-Mitglieder:

RM Wehlage, Vorsitzender
RM Harms
2. stv. BM Plavenieks
RM Pohl (Vertret. f. RM Aldegarmann)
RM B. Onnen
BG Vollmer
RM Stange

Entschuldigt fehlt:

RM Nüchter
RM Aldegarmann

Außerdem anwesend:

PHK von der Osten
KD Loth

Von der Verwaltung:

BM Salverius
AV Ulrichs
StAR Vißer
Verw.-Ang. G. Rass für die Niederschrift

Tagesordnung

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende Wehlage eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

2. Beratung über das Verkehrskonzept der Stadt Norderney

BM Salverius stellt den Vorschlag der Verwaltung vor, der Bestandteil dieses Protokolls wird. Er betont, dass zwei Punkte wichtig sind: a) die Überwachung und b) die Arbeit in der Verwaltung. zu a): durch die Öffnung des Stadtgebietes für alle Verkehrsteilnehmer zu bestimmten Zeiten würde die Überwachung wesentlich vereinfacht, denn außerhalb der freigegebenen Zeiten dürfte dann nur noch ein deutlich eingegrenzter Kreis an Nutzern das gesperrte Stadtgebiet befahren, was auch der Leichtigkeit des Versorgungs- und Handwerksverkehrs entgegen kommen dürfte. zu b): die Arbeit der Verwaltung könnte wesentlich reduziert werden, wenn nicht mehr jährlich ca. 900 Genehmigungen (davon ca. 500 sogen. Schlauchgenehmigungen) übergeprüft und beschieden werden müssten. Für ca. 2 - 3 Monate ist u. a. der Vollzugsbeamte damit beschäftigt und kann während der Bearbeitungszeit den ruhenden Verkehr nicht ausreichend überwachen. Diese Bescheide werden im Namen des Landkreises Aurich erteilt. Von den Gebühren erhält die Stadt Norderney rd. 39.000,-- Euro ($\frac{3}{4}$), der Landkreis Aurich rd. 13.000,-- Euro ($\frac{1}{4}$). Die Personalkosten der Stadt insgesamt sind damit keinesfalls gedeckt.

Mit der Öffnung des Stadtgebietes zu bestimmten Zeit würde aus Sicht der Verwaltung allen genüge getan. Einrichtungen außerhalb des Stadtgebietes wären weiterhin jeder Zeit zu erreichen. Eine Ganzjahressperre würde durch die allgemeine Öffnung aufgefangen. Es sollte auch an die Mitbürger gedacht werden, die kein Auto haben. BM Salverius schlägt vor, den ÖPNV auszubauen

und die Busunternehmen dabei finanziell zu unterstützen.

Er gehe davon aus, dass das Stadtgebiet nicht im Verkehr „versaufen“ wird. Schließlich hätten nicht alle Leute mit Privatfahrzeug frei. Er appelliere an die Vernunft der Leute. Mit den Handwerks- und Lieferbetrieben hat es im Vorfeld Gespräche gegeben. Dort wurde gefordert, die Verkehrszonenabgrenzung aufzuheben. Der notwendige Verkehr von Ost nach West soll aus Sicht der Verwaltung über die Hafestraße und nicht durch die Jann-Berghaus-Straße geführt werden. Ob dies bei einer Öffnung funktionieren würde, könne nur ein Versuch zeigen.

Eine Alternative zur Gesamtöffnung wäre die Verlegung der östlichen Grenze der jetzigen Zone I auf die Ostseite der Achse Feldhausen-/Luciusstraße. Wenn alles nicht klappen würde, könnte man Schritt für Schritt wieder zu der ursprünglichen Zoneinteilung zurückkehren.

Eine Entscheidung muss möglichst bis Ende September d. J. gefallen sein, um rechtzeitig Vorbereitungen für das kommende Jahr zu treffen.

Die Wortmeldungen der verschiedenen Ratsmitglieder sind nach Parteizugehörigkeit ohne Nennung der Namen zusammengefasst:

SPD:

Es sollten zusätzlich Vollzugsbeamte eingestellt werden. Der Missbrauch der Ausnahme-genehmigungen (auch durch Handwerker) muss besser kontrolliert werden. Sinnvoll wäre der Ausbau der NC-Bus-Linien. Zu abendlichen Veranstaltungen sollten Busse eingesetzt werden.

Die Einrichtung einer Erdgastankstelle würde befürwortet werden.

Auch wenn andere Inseln damit werben, dass sie autofrei sind, der Norderney-Gast kommt, weil er weiß, dass er sein Fahrzeug mitnehmen kann. Viele Norderneyer bzw. Vermieter werben sogar damit, mit dem Fahrzeug ans Quartier zu kommen.

Das Thema Verkehr ist so komplex und geht so weit, dass darüber nicht in diesem Ausschuss und nicht im nichtöffentlichen VA beschlossen werden sollte. Der Rat der Stadt Norderney sollte sich mit diesem Thema beschäftigen.

Die SPD will in einer Parteiversammlung das Thema diskutieren, um dann eine konkrete Aussage machen zu können.

Es sollte geprüft werden, ob eine Ganzjahressperre überhaupt rechtlich haltbar sei und/oder welche Voraussetzungen zu schaffen wären. Es stelle sich die Frage, inwieweit Straßenteile entwidmet werden müssten, welche Verfahren die Umsetzung mit sich bringen und welche zeitlich Dauer das Ganze in Anspruch nehmen würde.

Es wird eine gewisse Ungleichbehandlung innerhalb unseres Kurortes gesehen: Was machen z. B. Berufstätige, die während der Öffnungszeiten arbeiten müssen? Eine Ungleichbehandlung liegt auch darin, dass in Zone I und II nicht gefahren werden darf, in der Siedlung und am Alten Horst aber weiterhin zu jeder Tages- und Nachtzeit gefahren werden kann.

Der Kurort gehe mindestens bis zur Lippestraße. Eigentlich gehöre die Siedlung dazu und dann stelle sich die Frage, wie soll in den nächsten Jahren die Verkehrsführung und -lenkung in der Siedlung aussehen, ebenso in den Bereichen Up Süderdün und Alter Horst?

Der Ausbau des ÖPNV ist sicherlich notwendig. Es reicht aber nicht nur ein NC-Bus, der nur in eine Richtung fährt, es muss noch einen zweiten geben, der in die entgegengesetzte Richtung fährt. Das sei auch mit Fragen verbunden: was kostet das? Was muss bezuschusst werden? Können wir das über die Norderney-Card abrechnen oder muss das die Stadt Norderney finanzieren? Zum Ausbau des ÖPNV müssen sich Gedanken gemacht werden, wie die Begleitmaßnahmen aussehen.

Bei einer generellen Öffnung für jeweils 1 ½ - 2 Stunden vormittags und nachmittags würde sicherlich die Überwachbarkeit vereinfacht. Es sollte vorher mit der Polizei geklärt werden, was von der Seite überhaupt machbar ist.

Vielleicht wäre es sinnvoll, die Schlauchgenehmigung von 5 Stunden vormittags und 5 Stunden nachmittags zu begrenzen auf z. B. 2 ½ oder 3 Stunden.

Auch über Umweltzonen, die es in anderen Städten gibt, sollte nachgedacht werden.

GRÜNE:

Gäste kommen sicherlich auch nach Norderney, weil hier Auto gefahren werden darf. Sie wollen aber im Urlaub trotzdem nicht ständig von Autos belästigt werden. Es geht hauptsächlich um den Verkehr, den wir Norderneyer selbst „veranstalten“. Wir sollten nicht unnütz durch die Gegend fahren. Man kann auch die Füße oder ein Fahrrad benutzen.

Nachgedacht werden sollte über die Installation einer Erdgastankstelle, da Erdgas und Autogas wesentlich preiswerter ist als Diesel und Benzin.

Positiv wird gesehen, dass es bezüglich des Verkehrs „zwischen den Jahren“ zu einer neuen Lösung kommen soll. Die GRÜNEN hätten dies schon häufig beantragt, wurden bisher aber immer überstimmt.

Generell muss gesagt werden, dass der Verkehr so wie heute nicht bleiben kann, wenn wir am Markt Schritt halten und uns weiterhin gut verkaufen wollen. Alle anderen Inseln werben damit, dass dort wenig Verkehr ist, das sollte Norderney auch machen können.

Es entsteht momentan der Eindruck, dass sich noch keiner so richtig traut, mal zu sagen, was er/sie denn von einer Ganzjahressperre und/oder von der Öffnung der Zonen hält, dass der ÖPNV ausgebaut werden soll. Das Papier der Verwaltung ist aus Sicht der GRÜNEN verhältnismäßig konkret und es sollte zunächst einmal geklärt werden, wie die einzelnen Parteien zum Thema Ganzjahressperre stehen. Es wurde noch von keiner Seite eine Alternative genannt.

Es kann sich doch nur über den Individualverkehr, den wir selbst produzieren, unterhalten werden. Am Verkehr, der durch die Gäste entsteht, kann nichts Wesentliches verändert werden. Irgendwann braucht man auch mal Mut zu einer Entscheidung.

FWN:

Es wird zu bedenken gegeben, dass sehr viele Gäste mit dem Auto auf die Insel kommen. Beim ganz normalen Fahrplan mit 12 Fähr-Fahrten werden täglich ca. 500 Fahrzeuge zur Insel transportiert. In den Verkehrsspitzenzeiten im Sommer sind es sogar 22 Fahrten à 40 - 50 Fahrzeugen.

Es geht um die Gesamtproblematik Verkehr. Es soll letzten Endes eine Verkehrsreduzierung geben. Wenn man aber diese Zahlen sieht, ist dies eine Scheindebatte.

In früheren Umfragen in der Siedlung wurden dort geplante Verkehrseinschränkungen von der Mehrheit der Bürger immer klar abgelehnt.

Die FWN will sich nicht unter Druck setzen lassen, sondern Gespräche mit den Bürgern führen und dann zu einer Meinungsbildung kommen, die dann entsprechend vertreten werden kann. Es laufen bei der FWN aufgrund der Sitzungen und Veröffentlichungen Rückmeldungen aus der Bürgerschaft auf. Die Ortshandwerkerschaft habe auch ihre Interessen dargelegt und letzten Endes wird es so sein, dass die Interessen der Handwerker auch vertreten sein werden.

Grundsätzlich wird die Idee zum Ausbau des ÖPNV positiv gesehen, wenn ein Angebot für den Gast und den Bürger geschaffen wird, preisgünstig mit der NC-Card den Bus nutzen zu können. Das ist sicherlich eine großartige Sache. Der Bürgermeister hat vor einiger Zeit davon gesprochen, dass die NC-Card in die Jahre gekommen sei und evtl. abgeschafft werden soll. Das Staatsbad stellt dies anders dar, zumal vor Jahren für viel Geld die NC-Card eingeführt worden ist. Es besteht hier Klärungsbedarf, ob der evtl. Ausbau des ÖPNV in Zusammenarbeit mit der NC-Card erfolgen kann.

Es soll der Norderneyer Individualverkehr eingeschränkt werden, nichts desto trotz haben wir aber den Gästeverkehr. Der ist auch gewollt. Norderney will eine Insel sein, auf der der Gast sein Auto quasi als rollenden Koffer nutzt.

Wenn der Norderneyer Individualverkehr eingeschränkt werden soll, muss man die unterschiedlichen Klassifizierungen diskutieren, z.Zt. gibt es 14 Fallgruppen.

FDP:

Vorsitzender Wehlage verliest die schriftliche Stellungnahme der FDP:

„1. Räumlicher Bereich: Die FDP Norderney ist der Auffassung, dass die bisherige Zonenregelung ersatzlos abgeschafft werden muss. Dies hätte zur Folge, dass u. a. die Jann-Berghaus-Straße, aber auch andere Sperren beseitigt werden würden. Es wird angeregt, eine bestimmte Dauer als Versuch zu deklarieren, um nach Ablauf der Probezeit eventuell geringfügige Änderungen vornehmen zu können.

2. Zeitlicher Bereich: Der zeitliche Bereich soll wie bisher, ggf. Korrekturen wg. Ferienzeitregelung, beibehalten werden. Durch die Verminderung des Verwaltungsaufwandes soll die freigewordene Zeit der Mitarbeiter der Verwaltung genutzt werden, um die getroffenen Regelungen stärker als bisher kontrollieren zu können.“

CDU:

Die Frage nach der Zahl der Einstellplätze in der Stadt kann nicht genau beantwortet werden.

Es finden alljährlich an einem bestimmten Tag (Ferienüberlappung Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) Zählungen der „sichtbaren“ Stellplätze statt. Die Anzahl der Fahrzeuge ist seit Jahren leicht abnehmend. Die letzte Zählung lag bei 3.739, in den 80-er Jahren lag manche Zählung bei 4.500 - 4.800 Fahrzeugen.

POLIZEI:

PHK von der Osten erklärt, dass die Polizei ein Verkehrsverbot grundsätzlich nicht überwachen kann, hierzu fehle die Zeit. Die Polizei müsse sich mit anderen Dingen beschäftigen, wie z. B. Bekämpfung der Hauptunfallursachen, hierzu gehören Alkohol und Geschwindigkeit. Die Überwachung des Saisonverkehrsverbotes könne nur eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn von einem Ganzjahresverbot gesprochen wird, müsse die Frage gestellt werden, „was soll die Polizei mit der knappen Personaldecke im Winter machen“. Während dieser Zeit kommt die Polizei gerade eben auf die Zeiten, dass die Leute eingesetzt werden können. Ein Verbot ist nur so gut wie die Überwachung. Im Winter wird die Polizei um 22.00 Uhr nicht mehr unterwegs sein.

Bürgermeister Salverius:

Zur Anregung, mehr Vollzugsbeamte einzustellen, weist BM Salverius darauf hin, dass das Ganze Grenzen hat. Die Stadt ist mit den 1 ½ Vollzugsbeamten bei dem angekommen, was von der Leistung her und auch finanziell möglich ist. Sie sind aber nicht nur für den ruhenden Verkehr zuständig, sondern habe auch noch andere Aufgaben, wie z.B. Obdachlosenunterbringung, Hundekot, Überwachung von Sondernutzungen, Gewerberecht.

Der Wunsch nach einer Erdgastankstelle sei schön und gut, ist aber aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu halten. Dies wurde bereits untersucht.

Zum Thema Busverkehr ist er der Auffassung, dass die Stadt Norderney hier ein Stück weit „Flagge zeigen“ müsse. Es müsse aber sicher nicht zu allen Jahreszeiten ein 24-Std.-Komplettangebot geben.

Zum Thema Ganzjahressperre: Es sei offen, ob überhaupt eine straßenwidmungsrechtliche Entscheidung getroffen werden müsse. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass eine widmungsrechtliche Entscheidung nicht nötig sei, weil eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu diesem Thema doch eine sehr weitgehende Auffassung habe und letzten Endes die Vorhaltungen irgendwelcher Verkehrsregelungen auf der Insel immer zeitlich limitiert seien (das war die Forderung des Bundesverwaltungsgerichts). Wir haben eine zeitliche Limitierung, in dem Moment nämlich, wenn wir den Kurortstatus loswerden sollten, durch welche Einflüsse auch immer. Sollte es erforderlich sein, eine straßenwidmungsrechtliche Entscheidung zu treffen, müsse dies vom Rat entschieden werden.

Zum Thema Gleichbehandlung oder Ungleichbehandlung meint BM Salverius, dass doch ein Stück

mehr Mobilität geschaffen würde. Ein Zeitfenster würde allen Beteiligten mehr Mobilität einräumen. Derjenige, der im Stadtgebiet wohnt, wisse auch sehr wohl zu schätzen, was Verkehrsruhe bedeutet. Er gibt zu bedenken, dass die Nordhelmsiedlung und der Ortskern ganz unterschiedliche Strukturen haben. Der Ortskern mit einem ganz anderen gewerblichen Zentrum und mit ganz anderen Notwendigkeiten, mit ganz anderen Verkehren als in der Siedlung. Dort gibt es im Grunde genommen nur einen Wohnbereich mit wenigen gewerblichen Einheiten, die also auch wenig Quellverkehr erzeugen. Geänderte Verkehrsregelungen in der Nordhelmsiedlung stünden auch gar nicht zur Debatte.

Er bemängelt, dass die Verwaltung immer ein Konzept machen müsse, andere können das doch vielleicht auch. Klar sei, dass die Verwaltung letztendlich die Dinge ausführen müsse. Auch die Polizei müsse sich vorbereiten können, wenn sie über Dienstpläne oder evtl. personelle Erfordernisse im nächsten Jahr nachdenkt. Zur Vorbereitung benötige man eine gewisse Zeit und dass bedeute, dass eine Entscheidung baldmöglichst getroffen werden sollte.

Er würde sich wünschen, wenn zumindest „etwas Konzeptionelles auf den Tisch käme“. Selbstverständlich sollen die Parteien sich Rückmeldungen aus der Bürgerschaft holen. Es gebe hier den Verwaltungsvorschlag, der vielleicht ein Stück weit gewohnungsbedürftig ist. Die Verwaltung habe versucht, die Ansprüche von notwendigem Verkehr zu berücksichtigen, etwas im Bereich der Überwachung zu tun, Verwaltungsarbeit zu reduzieren. Das sind die Eckpunkte dieses Papiers. Hierüber sollte geredet oder es sollten neue Konzepte entwickelt werden.

Gäste, die am Haus einen Stellplatz haben, dürfen nach dem Verwaltungsvorschlag genau wie alle anderen vormittags und nachmittags jeweils 1 ½ Stunden fahren. Heute gibt es die Fallgruppe 1 b - Anliegerverkehr -. Danach dürfen Gäste mit nachgewiesenem Stellplatz am Quartier täglich von 9 bis 11 Uhr und von 16.30 bis 18 Uhr fahren. Hier würde sich bei der neuen Regelung nicht viel ändern. Ändern würde ich aber, dass die Verwaltung nicht mehr die Arbeit mit den hierfür zu erteilenden (Gäste-Anlieger-) Genehmigungen hat. Es geht insgesamt auch darum, die Anzahl der Ausnahmegenehmigungen zu senken.

Wir haben einen Vorschlag gemacht mit einem Zeitfenster von 1 ½ Stunden. Ob man daraus eine oder zwei Stunden werden oder man eine andere Zeit nimmt und wie man die Zeit am Nachmittag legt, könne überlegt werden. Dies seien lediglich Vorschläge, keine festen Regelungen. Es sei denn, man will „freie Fahrt für freie Bürger“. Die Politik stehe auch in einer gewissen Verantwortung Regelungen zu treffen. Dies sind sicher auch einmal Entscheidungen, die ein unbequem sind.

Derzeit gibt es rd. 470 „gelbe“ und rd. 480 „rote“ Genehmigungen jährlich. „Rote“ Nummern entfallen zumeist auf Handwerker, Versorger, handwerksähnliche Betriebe, weil sie ständig nachgefragt werden im Ort. Dies sind rd. 400 Fahrzeuge, die in den Zeiten von 8 - 13 und 15 - 20 Uhr im Ort unterwegs sind. Von unseren Gästen wissen wir, dass die meisten ihre Fahrzeuge stehen lassen. Auch die vom Schiff kommenden Fahrzeuge fahren nur teilweise die Verkehrszonen 1 und 2 an.

Dass eine 24-Stunden-Überwachung durch die Polizei nicht möglich ist, ist wohl allen klar. Es kommt sicher auch darauf an, welche Prioritäten im Polizeieinsatz gesetzt werden. So könnte vermutlich manche Verkehrsüberwachungsfahrt in den Ort verlegt werden, statt in den Inselosten.

Die Zahl der Fallgruppen wurde im Laufe der über 50-jährigen Anwendung und vielen Gerichtsentscheidungen immer mehr „verfeinert“, da wir durch die Verwaltungsgerichte gezwungen wurden, gerade was die Vergleichbarkeit angeht, immer mehr ins Detail zu gehen.

Auch die Diskussion um eine EU-Norm ist nichts Neues. Vor Jahren, als die EU-Norm eingeführt worden ist, wurde über Benutzervor- und -nachteile gesprochen. Es gab damals politische Auseinandersetzungen darüber und der Verwaltungsvorschlag ist damals politisch „geknickt“ worden.

Die Verwaltung hat damit kein Problem. Man sollte tatsächlich mal gucken, welche Busse (in

welcher Qualität) hier fahren, aber auch so manches Handwerksfahrzeug. Wir können das Thema gerne aufnehmen.

Die derzeit gültigen Kriterien für die Erteilung von Genehmigungen werden richtig angewandt. Es muss aber überwacht werden, ob die Genehmigungen auch nach diesen Kriterien genutzt werden, da haben wir ein Defizit. Nicht nur die Polizei kontrolliert die Einhaltung der Auflagen, auch die Mitarbeiter der Stadt melden Auffälligkeiten, die auch angezeigt werden.

3. Mitteilungen der Verwaltung

BM Salverius teilt mit, dass die Wegweiser „in Arbeit“ sind. Wer Interesse hat, kann sie sich in der Verwaltung ansehen.

4. Anträge und Anregungen

RM Stange möchte wissen, ob die Sperrung der Jann-Berghaus-Straße über den Oktober hinaus bleibt.

Vorsitzender Wehlage erklärt, dass es bisher keinen anderen Beschluss gibt.

BM Salverius antwortet, es sollten die Parteiversammlungen und/oder Bürgerversammlungen abgewartet werden. Sobald es ein „Echo“ gibt, sollte der Fachausschuss erneut tagen.

RM Harms stellt den Antrag, in der nächsten Sitzung zu beraten, wie mit dem Ergebnis des jetzigen Probelaufs, der am 30. Oktober endet, umzugehen ist.

Vorsitzender Wehlage möchte wissen, ob RM Harms wirklich zwischen einer künftigen Regelung, die längerfristig gelten soll und der jetzigen Regelung noch eine Zwischenlösung haben möchte. RM Harms bejaht dies. Er möchte auf jeden Fall den Punkt Öffnung oder (weitere) Schließung der Jann-Berghaus-Straße im WTV-Ausschuss beraten wissen, um eine Empfehlung in den VA zu geben, um dort eine zukünftige Regelung zu finden. BM Salverius bittet darum, sich mit der Grundsatzfrage zum Verkehrskonzept zu befassen und in den verbleibenden 1 ½ Monaten das Thema zum Abschluss zu bringen. Es sollten zu dann alle entscheidungsrelevanten Punkte zusammengetragen und nicht nur Einzelentscheidungen zu einzelnen Maßnahmen getroffen werden.

Vorsitzender Wehlage fragt, zu welchem Zeitpunkt mit einer Abschlussberatung zur Straße in den Inselosten gerechnet werden kann. BM Salverius teilt mit, dass das Planungsbüro eine Kosten-schätzung erarbeitet. Diese soll Ende August/Anfang September d.J. vorliegen. Mit dem Landes-amt für Verkehr und Straßenbau ist zu klären, welche Förderung zu erwarten ist, da ohne Förderung der „Wunschzettel“ in sich zusammenfallen würde. Es deutet sich aber jetzt schon an, dass es Probleme gibt mit der Finanzierung von Seiten des Landes gibt. Möglicherweise kann es das Projekt in 2009 nicht finanzieren. Wenn alle Möglichkeiten durchgerechnet sind, wird die Angelegenheit wieder Thema im Ausschuss sein.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Jentsch an die Adresse der Mitglieder der SPD: Wenn man die Fahrzeuge für Handel und Wandel nicht rechnet, geht es doch nur um eine Minderheit für die hier gekämpft wird, damit diese „freie Fahrt“ haben. Es sollten auch die Leute, die kein Auto haben, gefragt werden, was sie davon halten, denn seiner Meinung nach ist die Mehrheit der Norderneyer ohne Pkw.

L. Beckmann, seit 20 Jahren regelmäßig Gast auf Norderney, findet den Vorschlag der Verwaltung gut, zumal er eine wesentliche Vereinfachung für die Arbeit bringt. Es wird sich nicht viel ändern, nachdem klar ist, dass Norderney auch weiterhin mit dem Auto erreichbar sein soll. Er sieht keine Gefahr, dass (in der vorgesehenen Zeit) zu viele Autos im Ort herumfahren, da es doch niemandem Spaß macht kann, hier herumzufahren, zumal Fußgänger und Radfahrer den Ort „dicht“ machen. Ihn selbst stören die vielen Autos, die in der Stadt parken.

Herr Saathoff gibt zu bedenken, dass über eine Verkehrsberuhigung und nicht über ein Verkehrs-belebungs-konzept gesprochen wird. Es muss alles aus der Sicht des Gastes gesehen werden und nicht aus der Sicht derjenigen, die eine Ausnahmegenehmigung haben möchten. Eine Ausnahme-genehmigung kann nur die Ausnahme sein und nicht die Regel. Derzeit hat jeder fünfte eine Genehmigung. Er sieht auch ein städtebauliches Problem: es sollten bei Neubauten erst gar keine Stellplätze entstehen. Bisher wurde das politisch nicht gewollt. Er gibt zu Bedenken, dass jeder Stellplatz Verkehr nach sich zieht. Früher wurden die Leute aufgefordert, einen Stellplatz abzulösen und nicht an dem Objekt zu erstellen bzw. nur eine geringe Zahl. Inzwischen wurden die Ablösebeträge verdoppelt. Damit erreicht man, dass jeder, der irgendwie kann, die Stellflächen schafft und der bekomme dann wieder eine Ausnahmegenehmigung. Er finde es gut, dass mal einige Zahlen auf den Tisch gekommen sind, auch die der an- und abreisenden Gäste.

Herr Pape findet es erstaunlich, dass parteiübergreifend das Verkehrskonzept so in Ordnung zu sein scheint. Die Diskussion, dass der Verkehr umgelenkt oder durch andere Straßen geführt wird, ändert nichts daran, dass zu viele Fahrzeuge auf der Insel sind und zuviel gefahren wird. Es wird an etwas „herumgedoktert“, das grundsätzlich strategisch angepackt werden muss. Man könnte jetzt ein langfristiges Konzept erarbeiten, wie die Anzahl der Autos gesenkt werden kann. Es stellt sich die Frage, ob die Gäste wirklich mit dem Auto kommen wollen. Er meint, dass mehr Gäste ohne als mit Auto auf die Insel kommen. Man könnte heutzutage, wo der gesamte Verkehr im Umbruch ist, grundsätzliche Entscheidungen treffen, die weit darüber hinausgehen, worüber hier nachgedacht wird.

Ein Gast kommt seit vielen Jahren (mit dem Zug), obwohl es hier Autos gibt. Ihm erscheint das Konzept der Verwaltung motiviert durch Verwaltungsvereinfachung und durch die bessere Möglichkeit der Kontrolle. Der Aspekt der Verkehrsverringereung spiele doch eine sehr untergeordnete Rolle. Ihn als Gast stören die Autos in der Stadt enorm.

Herr Clemen fragt, ob während der Gespräche mit „Handel und Handwerk“ an die betroffenen Straßenanlieger gedacht wurde, die anschließend alles ausbaden, weil dort die Fahrzeuge durchfahren müssen, dass sind die Vermieter. Wurde auch mit denen gesprochen, denn die betrifft es genauso wie alle anderen auch.

BM Salverius antwortet, dass er dem Handel und Handwerk deutlich gemacht habe, dass Gespräche mit ihnen eigentlich gar nicht nötig sind, denn der Verkehr wurde als notwendiger Verkehr gesehen. Man müsse sicher hinterfragen, ob die Genehmigungen alle richtig genutzt werden. Er bestätigt, dass Herr Clemen einen entscheidenden Punkt aufgreift: es muss eigentlich mit denen gesprochen werden, die vielleicht was hergeben sollen.

Herr Clemen sieht, dass sich alle einig sind, dass der Verkehr auf irgendeine Art und Weise reduziert werden muss. Die Bülowallee ist für den Autoverkehr gesperrt, auch wegen des Kurkonzerts, das nur im Sommer stattfindet. Er nennt ein Beispiel: es will jemand mit Lkw zum Hotel König. Der fährt vorbei an der Nordseeklinik, am Kurhotel, am Hause Clemen, am „Schrotthaufen“ (evtl. einmal ein 5-Sterne-Hotel), an der AWO, dann in die „Spielstraße“ Georgstraße, dann um die Ecke beim Central-Cafe, hier wird der Dreck „auf die Torte geschmissen“ und wenn dann die Lkw den Dreh machen um den Brunnen, müssen sie manchmal 2 - 3 Mal zurücksetzen, weil es sonst nicht geht. Die 100 m zwischen Konzertmuschel und Brunnen werden jetzt ersetzt durch ca. 1 km quer durch den Kurbereich.

Vorsitzender Wehlage erklärt, dass die Bülowallee vorher auch ein verkehrsberuhigter Bereich war. Seiner Meinung sind sowohl Gäste als auch Einwohner sehr zufrieden damit, dass die Bülowallee zu einer Fußgängerzone mit Radfahrverkehr wurde. Es sollte überlegt werden, ob die Fußgängerzone nicht sogar bis zur Kurapotheke ausgeweitet wird.

BG Vollmer meint, die Anmerkung von Herrn Clemen wäre ein gutes Beispiel für das das St.-Florian-Prinzip: bloß nicht vor meiner Tür, wenn's vor meiner Tür ist, engagier ich mich. Er ergänzt, dass der DEHOGA sehr wohl beteiligt war, die 170 Mitglieder wurden schriftlich befragt, wie sie zur Verkehrsreduzierung stehen. Ergebnis: sie sind für eine moderate Verringerung des Verkehrs und auch dafür, den ruhenden Verkehr besser zu überprüfen.

 Herr Bodenstab ist der Meinung, dass die neue Verkehrsregelung ein Versuch sein soll und damit man sieht, ob es funktioniert, muss man den Versuch starten. Nach den bisherigen Argumentationen frage er sich, warum man es nicht bei der bisherigen Regelung belässt und jetzt der ganzen Ort zu bestimmten Zeiten geöffnet werden soll.

 Herr Saathoff regt an auf Elektrofahrzeuge umzusteigen, die Fahrzeuge sind über Nacht gut aufzuladen und die Reichweite reicht völlig. Auch sollten sich diejenigen, die jetzt eine rote Nummer haben, sich über die Fahrzeugqualität Gedanken machen.

 Herr Sauerbrey ist dafür, das bewährte Konzept beizubehalten. Evtl. sei zu überlegen, alle Straßen zu öffnen, damit der Gast seine Unterkunft auf dem kürzesten Weg erreicht und auch schnell aus dem Ort wieder raus ist.

 Auf die Frage eines Gastes wird mitgeteilt, dass ca. 25 % der Gäste mit der Bahn anreisen.

 Herr Bodenstab versteht nicht, dass zwei Mitarbeiter drei Monate mit der Ausstellung der Genehmigungen zu tun haben sollen. BM Salverius erklärt, dass sie nicht nur damit beschäftigt sind, gemeint ist, dass die Verwaltung insgesamt ca. drei Monate mit den Genehmigungen beschäftigt ist. Sie müssen jedes Jahr einzeln auf Veränderungen geprüft werden, die nicht immer ganz einfach zu bearbeiten sind. Begründungen werden überprüft, die Stellplätze angesehen. Es ist immer wieder zu prüfen, ob eine Notwendigkeit besteht. Hinzu kommen noch die sog. Stundengenehmigungen, die telefonisch bisher abgearbeitet werden. Hier werden jährlich über 1000 Genehmigungen erteilt, werden in Listen eingetragen. Vielfach wird mit den Antragstellern über die Notwendigkeit diskutiert usw..

Mit einer Neuregelung würden auch diese Arbeiten vereinfacht und weniger, weil es eben ein entsprechendes Zeitfenster gäbe.

 Herr Buchhop möchte wissen, ob sich die Verwaltung Gedanken darüber gemacht hat, wie der arbeitende Norderneyer seine Einkäufe erledigen soll, wenn er morgens und nachmittags jeweils nur 1 ½ Stunden fahren darf. Ihn interessiert auch, wie der Verkehrs in der Hafen- und Deichstraße gelenkt werden soll, wenn alle gleichzeitig einkaufen. Schon heute ist die Situation teilweise sehr unübersichtlich, sowohl für Auto- als auch für Radfahrer.

BM Salverius merkt an, dass es viele Norderneyer gibt, die eine Genehmigung haben und sie selten nutzen, die z.B. nur einmal in der Woche zum Einkaufen fahren. Man könne erst feststellen, ob es mehr oder weniger Verkehr gibt, wenn man einen Echtversuch macht.

 Herr Daeglau kann es sich nicht vorstellen, dass ein Norderneyer im Sommer freiwillig in den Ort fährt, zumal die Straßen mit Fußgängern voll sind.

 Auf Nachfrage von Herrn Clemen wird bestätigt, dass die bisherige Regelung für ankommende Gäste (1 Stunden-Genehmigung) bleibt.

 Herr Hoffmann ist davon überzeugt, dass sich die ganze Diskussion erübrigt hätte, wenn es zu einer einseitigen Öffnung Am Wasserturm gekommen wäre.

 Herr Bodenstab wird noch einmal bestätigt, dass die geplante stundenweise Öffnung auch für die Gäste gilt. BM Salverius erklärt, dass das Zeitfenster fast identisch ist mit den Zeiten, die Gäste jetzt mit den Schlauchgenehmigungen erhalten.

 Herr Pape meint, dass eine Verkehrsreduzierung nicht möglich ist, indem man mehr Leuten erlaubt Auto zu fahren.

BM Salverius erklärt zum allgemeinen Verständnis, dass geplant ist, ein Zeitfenster zu öffnen, das für alle Verkehrsteilnehmer gilt. Er frage sich aber auch, wer denn letzten Endes Zeit und Lust hat, sich in das Verkehrswooling der Innenstadt zu begeben. Die vernünftigen Norderneyer werden davon nur Gebrauch machen, wenn wirklich die Notwendigkeit und der Bedarf da sind. Gäste

werden seiner Meinung nach nur wenig Gebrauch von dem Angebot machen. Warum sollten sie z.B. das Auto vom Parkplatz an der Hafenstraße holen, um dann durch den Ort zu fahren? Andere haben aber durchaus mal die Möglichkeit, z.B. mit Familienangehörigen in die Stadt zu fahren. Hier hat es in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen gegeben, weil dies nach den jetzigen Fallgruppen nicht erlaubt werden kann.

Herr Rosenboom gesteht, dass die Ortshandwerker mit den bisherigen Gesprächen zufrieden waren. Er kann die Parteien verstehen, wenn erst einmal die Bürger angehört werden sollen. Auch sollte geklärt werden, wie es um den ÖPNV steht.

Es ist auch daran zu denken, dass im Winter noch einige Handwerksbetriebe vom Festland dazu kommen, die auch eine Genehmigung benötigen. Er findet es gut, dass noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Zur Öffnung der Kreuzung Mühlenstraße: die Handwerker haben den zeitlich begrenzten Versuch mitgemacht und gingen davon aus, dass ab dem 1. November (auch wenn über das neue Verkehrskonzept noch nicht entschieden ist) dort wieder durchgefahren werden darf. Wenn die Bausaison losgeht, müssen die Handwerker fahren, denn die Kosten, die durch die erheblichen Spritkosten dazugekommen sind, sind auf lange Sicht nicht mehr tragbar. Die Kosten können den Kunden nicht zugemutet werden. Seiner Ansicht nach ist dieser Versuch beendet. Anschließend einen neuen Versuch zu starten, damit wird man sicher leben können.

Herr Jentsch fragt nach, ob der Neubau von zwei Brunnen durch die Stadtwerke etwas mit der von einigen Norderneyern und Geschäftsleuten geplanten Golfplatzenerweiterung zu tun habe. BM Salverius teilt mit, der Brunnenbau hat mit einem Projekt, an dem die Wirtschaftsbetriebe, die Naturschutzverbänden und die Nationalparkverwaltung beteiligt sind, zu tun. Es geht um Auswirkungen der Bewirtschaftung der Wasserlinse, insbesondere im Bereich der Bakenlegde. Diese Studie hatte damals zu der Empfehlung geführt, nach Möglichkeit mehr Flachbrunnen zu bauen, um über die Steuerung dieser Flachbrunnen ein besseres Wassermanagement fahren zu können.


(Wehlage)
Vorsitzender


(Salverius)
Bürgermeister


(Rass)
Protokollführerin